

Bern, 25. Mai 2009

Vereinigung gegen mediale Gewalt (VGGM)

An die Medienschaffenden

Bundesrat setzt die Freiheit zu grenzenloser Grausamkeit am Bildschirm über die Sicherheit der Menschen

Sehr geehrte Medienschaffende

Die Vereinigung gegen mediale Gewalt ist enttäuscht und verärgert über den Bericht „Jugend und Gewalt“. Damit setzt sich der Bundesrat über das Leiden der Opfer medialer Gewalt hinweg. Statt neue Wege zu gehen gegen die Gewaltverherrlichung überlässt der Bundesrat die Regulierung der Game-Branche.

Grausame Gewalt in Games und Filmen führt zu wirklicher Gewalt und zerstört grundlegende Werte einer friedlichen Gesellschaft. Bei schrecklichen Verbrechen wie in Winnenden, Locarno, Hönggerberg, Muothatal und Bern-Liebefeld machen uns die Handlungsmuster der Täter hellhörig. Sie entsprechen dem am Bildschirm geübten oder beobachteten Vorgehen. Die Forschung weist nach, dass der häufige Konsum von Videogames mit Gewalt bei jungen Männern ein verstärkender Faktor in Bezug auf das Aggressionsverhalten ist. Dies betrifft vor allem Jungen mit einer schwierigen persönlichen Biographie.

In seinem Bericht bestätigt der Bundesrat zwar diese Wirkung medialer Gewalt:

„Der Konsum von Gewaltdarstellungen in Medien und die Nutzung von gewalttätigen Video- und Computerspielen kann bei Jugendlichen, die bereits aufgrund anderer Risikofaktoren zu gewalttätigem Verhalten neigen, eine verstärkende Wirkung zeigen.“

Gleichzeitig setzt sich der Bundesrat über das Leiden der Opfer und ihrer Angehörigen hinweg und verweigert eine nationale Regulierung. Stattdessen empfiehlt er die Fortführung der wirkungslosen Selbstregulierung der Branche:

„Was die Regulierung der Verbreitung und Nutzung von Medieninhalten anbelangt, so wurden in den letzten Jahren von den Branchenverbänden grosse Anstrengungen unternommen, um für die jeweiligen Medienbereiche schweizweit einheitliche Kinder- und Jugendmedienschutzbestimmungen zu gewährleisten. Zu diesem Zweck wurden Selbstregulierungsvereinbarungen ausgearbeitet und abgeschlossen. Der Bundesrat begrüsst die Initiativen der Branchen und ist der Meinung, dass dieser Weg grundsätzlich weiter zu verfolgen ist. Er lehnt deshalb eine nationale Gesetzgebung zum Kinder und Jugendmedienschutz [...] ab.“

Dazu sagt Roland Näf, Co-Präsident der VGGM: „Mit seinem Bericht stellt der Bundesrat den wirtschaftlichen Erfolg einer rücksichtslosen Branche über das Leiden von Menschen.“

Die VGGM fordert ein Verbot von Videospielen, in denen grausame Gewalt belohnt wird. Denn ein solches Gesetz sensibilisiert ebenso wie das Verbot von Kinderpornographie die Gesellschaft und insbesondere die Eltern. Auch wenn damit wie bei jedem digitalen Produkt kein 100% Verzicht erreicht wird, würden viel weniger junge Männer ihre Freizeit stundenlang mit Köpfen, Erstechen, Erschiessen und Vergewaltigen verbringen.

Die Vereinigung gegen mediale Gewalt fordert alle Menschen in der Schweiz auf, gemeinsam als Mitglieder der neuen Organisation für eine klare gesellschaftliche Haltung gegen die Grausamkeit am Bildschirm zu kämpfen. Einer starken Vereinigung gegen mediale Gewalt wird es gelingen die Interessen jener durchzusetzen, die nicht auf die unerträgliche virtuelle Gewalt angewiesen sind.

Kontakt: Roland Näf-Piera (Co-Präsident VGGM): 076 482 18 10
Ursula E. Brunner (Co-Präsidentin VGGM): 079 462 32 56